



# Deutsche Burschenschaft

## Pressemeldung

24.11.2006

**Deutsche Burschenschaft kritisiert die ehrabschneidende und undifferenzierte Berichterstattung im Rahmen der Gießener RCDS-Affäre scharf und solidarisiert sich mit ihrer Mitgliedsburschenschaft Dresdensia-Rugia und deren Mitgliedern**

*Die Deutsche Burschenschaft nimmt entsetzt die völlig undifferenzierte Berichterstattung im Zuge der Gießener RCDS-Affäre zur Kenntnis und begrüßt die rechtlichen Schritte des Burschenschafters, Vertriebenenaktivisten und bisherigen RCDS-Mitgliedes Matthias M. gegen verschiedene Medien, die ehrabschneidende und völlig aus der Luft gegriffene Behauptungen über ihn und dessen Burschenschaft Dresdensia-Rugia Gießen verbreitet haben.*

Der Sprecher der Deutschen Burschenschaft (DB), Hannes Schmid, Mitglied der akademischen Burschenschaft Brixia Innsbruck, kritisiert die Berichterstattung empört: „Es ist eine Schande für die deutsche Presselandschaft, wenn selbst seriöse Medien nicht davor zurückschrecken einen rechtskonservativen Studenten zum Neonazi und Extremisten zu stempeln. Es ist offensichtlich, daß hier nicht der RCDS oder ein Student getroffen werden sollen, sondern das konservative Lager und die CDU im hessischen Landtag“.

Der Student Matthias M., der Mitglied der Burschenschaft Dresdensia-Rugia Gießen und einer Vertriebenenjugend ist, war Vorstandsmitglied der Gießener Gruppe des Rings christlich-demokratischer Studenten (RCDS). Nachdem der linksextrem durchgesetzte ASTA der Gießener Universität darauf aufmerksam wurde, entbrannte eine Medienkampagne gegen Matthias M., in der viele Presseorgane behaupteten, daß die Burschenschaft Dresdensia-Rugia vom Verfassungsschutz in Hessen beobachtet und es sich bei Matthias M. um einen Neonazi handeln würde. Dies ist nachweislich falsch. Keine seiner Aktivitäten beim RCDS waren kritikwürdig, sondern führten sogar dazu, daß er zuletzt als stellvertretender Vorsitzender der Gießener Gruppe fungierte. Daher unterstützt die DB auch die rechtlichen Schritte des Studenten gegen etliche Presseorgane. Die abenteuerlich anmutende Bezeichnung als „Neonazi“ allein erfüllt schon den Straftatbestand der Beleidigung. Nachdem in anderer Angelegenheit die Frankfurter Rundschau aufgrund eines antiburschenschaftlichen Berichtes vom 15. März 2005 zu einer Gegendarstellung verpflichtet wurde, erhofft sich die DB, daß auch diesmal der Medienkampagne juristisch Einhalt geboten wird.

Pressereferent  
Norbert Weidner  
Postfach 14 03 36  
D-53058 Bonn  
Tel: +49 (0) 228-747924  
Fax: +49 (0) 228-747924  
Mobil: +49 (0) 177-7479240

E-Mail:  
[presse@burschenschaft.de](mailto:presse@burschenschaft.de)

Internet:  
[www.burschenschaft.de](http://www.burschenschaft.de)

Die DB bedauert es, daß der Vorstand des RCDS-Gießen am gestrigen Tag zurückgetreten ist. Vorzuwerfen ist Matthias M. und dem Gießener RCDS nämlich nichts. Festgemacht wird die Affäre allein an der Mitgliedschaft von Matthias M. in der Burschenschaft Dresdensia-Rugia und der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen sowie seiner journalistischen Tätigkeit für die konservative Wochenzeitung Junge Freiheit. „Es ist beschämend, daß hier gleich die Faschismuskeule geschwungen wird und die Medien – die zum Teil voneinander abgeschrieben haben – in einmütiger Weise mithetzen. Fraglich ist, ob sie auch so gehandelt hätten, wenn einer der zahlreichen Linksextremisten in sozialdemokratischen oder grünen Zusammenhängen öffentlich gesichtet worden wäre“, bewertet Hannes Schmid die Affäre abschließend.

*Die Akademische Burschenschaft Brixia Innsbruck ist Vorsitzende Burschenschaft der Deutschen Burschenschaft (DB), einem akademischen Verband von Studierenden sowie bereits im Beruf stehenden Mitgliedern in über 120 einzelnen Burschenschaften. Die Deutsche Burschenschaft ist an insgesamt mehr als 50 Hochschulorten in Deutschland, Österreich und Chile vertreten und zählt ca. 15.000 Mitglieder. Burschenschaften setzten sich ab 1815 für die Deutsche Einheit sowie für die heute in der österreichischen und der bundesrepublikanischen Verfassung/Grundgesetz normierten Grundrechte ein. Ihre Farben Schwarz-Rot-Gold wurden zu den deutschen Nationalfarben.*